

Die USA machen Druck in der Nato

Afghanistan Mehr Soldaten oder Geld aus Europa gefordert

PAUL FLÜCKIGER, WARSCHAU

Der Zeitpunkt war bestimmt kein Zufall: Just zwei Tage vor dem Nato-Verteidigungsministertreffen im südpolnischen Krakau kündigte US-Präsident Barack Obama eine massive Truppenerhöhung in Afghanistan an. Bis zum Juli sollen zu den gegenwärtig 36 000 Soldaten zusätzliche 17 000 stossen. Weitere 13 000 US-Soldaten könnten folgen. Zuvor hatte der neue amerikanische Präsident Afghanistan als die «zentrale Front im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus» bezeichnet.

Unterschiedliche Signale

In Europa, wo jeder Verlust in Afghanistan auf die Goldwaage gelegt wird, schien gestern zu Beginn des zweitägigen Nato-Verteidigungsministertreffens in Krakau eine Erhöhung der 36 000 nichtamerikanischen Afghanistانتuppen um 50 Prozent aber ausgeschlossen. Zwar kündigte der deutsche Verteidigungsminister Franz Josef Jung eine Aufstockung des im ruhigen Norden des Landes stationierten Kontingents von 3500 Bundeswehrsoldaten um 600 an. In Krakau wollte er sich allerdings nicht dazu äussern, wie lange die zusätzlichen Truppen dort stationiert bleiben. Auch Italien und Grossbritannien hatten im Vorfeld der Krakauer Nato-Tagung Truppenerhöhungen zugesagt. Polen aber, das die USA im Irak noch kräftig unterstützt hatte, will sein 1600 Mann starkes Afghanistan-Kontingents aus finanziellen Gründen eher vermindern als aufstocken. Auch andere osteuropäische Nato-Mitglieder halten sich mit Verweis auf die schwere Wirtschaftskrise zurück. Bis zu 2000 Soldaten zugesagt hat dafür Georgien.

USA müssen Basis in Kirgisien räumen

«Afghanistan ist der Test, der zeigen wird, ob das Bündnis auch im 21. Jahrhundert in der Lage ist, seine primäre Mission zu erfüllen», appellierte der kanadische Verteidigungsminister Peter MacKay. Wenn die Afghanistan-Mission fehlschlage, müsse man sich ernsthaft fragen, wozu die Nato noch taue. Eine eigentliche Hiobsbotschaft für die Nato kam gestern aus Kirgisien. Dort entschied das Parlament auf Antrag der Regierung von Kurmanbek Bakiew, dass die USA ihre Basis in Manas räumen müssen. Die US-Truppen in Afghanistan verlieren damit ihren letzten Transportstützpunkt in Zentralasien und sind fortan für die Nachschubwege auf das unsichere Pakistan angewiesen.

«Wir erwarten, dass auch die Alliierten mehr tun», forderte US-Verteidigungsminister Robert Gates dennoch unentwegt auf dem Flug nach Krakau. Am Gipfelort angekommen, schlug er dann aber mildere Töne an: Nicht jedes Engagement müsse militärischer Art sein, erklärte Gates. In Afghanistan ginge es auch um verstärkte Entwicklungshilfe, Polizeiausbildung und den Kampf gegen Korruption und Drogenhandel.



UNGEKLÄRT Der Fall der im Jahr 2006 ermordeten russischen Journalistin Anna Politkowskaja gibt immer noch Rätsel auf. THOMAS PETER/REUTERS

Täter weiterhin gesucht

Mordfall Politkowskaja Geschworene sprechen Angeklagte frei

Alle vier Angeklagten im Prozess um den Mord an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja wurden gestern von den Geschworenen einstimmig freigesprochen. Menschenrechtler beklagen eine schlampige Ermittlung.

CHRISTIAN WEISFLOG, MOSKAU

Er wisse nicht, ob die hier Angeklagten schuldig seien oder nicht, sagte Lew Ponomarjow gestern nach dem Urteil. Dann brachte der Führer der Organisation «Für das Menschenrecht» auf den Punkt, was nach diesem Prozess wohl die meisten dachten: «Aber es ist offensichtlich, dass die Ermittlung ihre Schuld nicht bewiesen hat.» Nur gerade zwei Stunden benötigten die Geschworenen, um zu ihrem Urteil zu kommen.

Nur Helfer angeklagt

Die Umstände des Prozesses muteten von Beginn an seltsam an. Vor Gericht standen weder die Auftraggeber noch der eigentliche Mörder. Bei den beiden tschetschenischen Brüdern Dschabrail und Ibragim Machmudow, dem Ex-Polizeioffizier Sergei Chadschikurbanow und Sergei Rjagusow, Mitarbeiter des Geheimdienstes FSB, handelte es sich nur um mögliche Helfershelfer. FSB-Mann Rjagusow, obwohl bei Ermittlungen im Fall Politkowskaja verhaftet, sass letztlich aber nicht wegen

Update

KREML-KRITIKERIN Die russische Journalistin Anna Politkowskaja wurde am 7. Oktober 2006 im Lift ihres Wohnhauses in Moskau erschossen. Sie berichtete über Menschenrechtsverletzungen seitens der russischen Truppen in Tschetschenien und galt als dezidierte Kreml-Kritikerin. Ihre ehemaligen Kollegen sind überzeugt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Mord und ihrer Arbeit gibt. (AP)

dieses Verbrechens auf der Anklagebank. Ihm wurde der Prozess wegen der Erpressung eines Unternehmers im Jahr 2003 gemacht.

Gemäss der Anklage soll Chadschikurbanow den Mord an Politkowskaja koordiniert und die Tatwaffe dem Killer übergeben haben. Beim Mörder soll es sich um Rustam Machmudow, den Bruder von Dschabrail und Ibragim, handeln. Von ihm fehlt aber jede Spur. Aufgrund von Mobilfunkdaten fanden die Ermittler heraus, dass Dschabrail und Ibragim während der Tatzeit in der Nähe von Politkowskajas Haus gewesen seien. Bilder einer Überwachungskamera sollen zudem beweisen, dass der Täter und seine Helfer den Mord über mehrere Tage geprobt hatten. Daran knüpfte aber der Anwalt der tschetschenischen Brüder mit seiner Verteidigung an: An den Tagen, als die Proben stattgefunden

hätten, seien Dschabrail und Ibragim nicht in der Nähe des Tatorts gewesen, sagte er.

Auch Marina Moskalenko, Anwältin der Familie Politkowskaja, bemängelte schon vor dem Urteil die Qualität der Ermittlung. Sie zeigte sich gestern daher einerseits zufrieden, dass die Angeklagten nicht wie allzu oft in Russland aufgrund einer dünnen Beweislangeweile verurteilt wurden. Andererseits betonte sie nochmals: «Die Ermittlungen wurden nicht effektiv durchgeführt.»

Dmitri Muratow, Chefredaktor der Zeitung «Nowaja Gaseta», wo Politkowskaja bis zu ihrem Tod gearbeitet hatte, gab sich kämpferisch: «Mit diesem Urteil ist noch gar nichts beendet, die eigentlichen Untersuchungen stehen noch bevor.» Laut Recherchen seiner Zeitung führen die Spuren des Mordfalls zum organisierten Verbrechen und nach Tschetschenien, aber auch zu korrupten Mitarbeitern des Geheimdienstes.

Beschwerde angekündigt

Vor dem Urteil der Geschworenen meinte der Angeklagte Rjagusow gestern: «Das Ziel des Strafverfahrens ist, mich um jeden Preis hinter Gitter zu bringen, damit die Leute den Fall dann langsam vergessen.» Dies ist nun nicht eingetroffen und insofern besteht noch Hoffnung auf eine wirkliche Auflösung des Falles. Die Staatsanwaltschaft jedenfalls will das Urteil anfechten.

Nachrichten

Irak: Prozess vertagt

Der Prozess gegen den «Schuhwerfer von Bagdad» wurde gestern kurz nach der Eröffnung auf den 12. März vertagt. Der irakische Journalist Muntaser al-Saida hatte bei der Abschiedsvisite von George W. Bush im Dezember seine Schuhe in Richtung des US-Präsidenten geschleudert. Die gestern im Gericht anwesenden Zuschauer begrüsst den in Handschellen vorgeführten Angeklagten mit Beifall. Ausschlaggebend für die späteren Schuhwürfe, so al-Saida, seien «demütigende Sicherheitskontrollen» durch US-Agenten gewesen. «Als ich Herrn Bush dann persönlich sah, wurde mir für einen Moment schwarz vor Augen», sagte al-Saidi. (M.W.)

Argentinien Holocaust-Leugner ausgewiesen

Argentinien weist den Holocaust-Leugner Bischof Richard Williamson aus. Der Brite leitete ein Priesterseminar in La Reja, allerdings entzog ihm die Pius-Bruderschaft diesen Posten. Williamson gehört zur fundamentalistischen Bruderschaft, deren Exkommunikation Papst Benedikt XVI. im Januar aufhob. (AP)

Israel Chancen von Netanjahu steigen

In Israel zeichnet sich eine Mehrheit für den rechtsgerichteten Oppositionsführer Benjamin Netanjahu als neuen Premier ab. Der ultranationalistische Avigdor Lieberman sagte Netanjahu gestern seine Unterstützung zu. Netanjahus Likud-Partei lag bei der Wahl am 10. Februar knapp hinter der gemässigten Kadima-Partei von Zipi Livni. (AP)

Guadeloupe Sarkozy will Geld schicken

Angehts der sozialen Unruhen auf Frankreichs Karibikinsel Guadeloupe kündigte Präsident Nicolas Sarkozy gestern Hilfe im Umfang von 580 Millionen Euro an. Wenn auf Guadeloupe wieder Ruhe herrsche, soll die Lage neu analysiert werden. (DPA)